



Fahrplan 2021:

zielstrebig, mutig, innovativ

74. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg



27. Juli 2019, Heilbronn

Beschlüsse des 74. Landesparteitags

Für ein starkes Klimaschutzgesetz – Pariser Abkommen konsequent umsetzen

Um das Pariser Abkommen konsequent umzusetzen müssen wir in Deutschland mit einem starken Klimaschutzgesetz glaubwürdig Maßnahmen und Instrumente beschließen, um unsere Klimaziele zu erreichen. In Rahmen eines Gesamtkonzepts sollte dabei eine CO₂-Bepreisung eine tragende Rolle spielen. Dabei sprechen wir uns für einen CO₂-Deckel für Emissionen im Verkehr und bei Gebäuden aus. Ein solcher marktwirtschaftlicher Ansatz entspricht der Empfehlung der Wirtschaftsweisen für konsequenten Klimaschutz. Mit einem Zertifikatehandel können Klimaziele verlässlich erreicht werden.

Im Sinne umfassender Nachhaltigkeit legen wir besonderen Wert darauf, dass konsequenter Klimaschutz, soziale Akzeptanz und wirtschaftliche Entwicklung zusammen gedacht werden. Um die Herausforderungen anzugehen brauchen wir Veränderungen. Diese dürfen aber nicht auf einen Schlag kommen, sie müssen schrittweise umgesetzt werden. Und wir müssen diesen Weg gestalten und alle Menschen dabei mitnehmen - in der Stadt und auf dem Land!

Deshalb muss eine CO₂-Bepreisung aufkommensneutral umgesetzt werden. Wir brauchen besseren Klimaschutz, nicht mehr Staatseinnahmen!

Mit den Einnahmen aus der Bepreisung muss daher gleichzeitig eine Entlastung kommen. Deshalb sprechen uns dafür aus, Stromkunden zu entlasten - mindestens mit der Abschaffung der EEG-Umlage.

Zudem soll ein Teil der Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung dazu verwendet werden, Pendlerinnen und Pendler zu unterstützen. Dafür schlagen wir eine Erhöhung der Pendlerpauschale entsprechend des Ambitionspfads einer CO₂-Bepreisung vor. Pendler sollen im Vergleich zu heute nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt werden.

Darüber hinaus fordert die CDU Baden-Württemberg, die Pendlerpauschale zu einer Mobilitätszuschuss weiterzuentwickeln, um damit die Mobilität insbesondere im ländlichen Raum zu sichern und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das könnte durch eine finanzielle Belohnung für sparsame Autos und durch stärkere Anreize für Fahrgemeinschaften und Fahrradfahren, für die Nutzung des ÖPNV sowie von Park and Ride erfolgen. Der Umstieg auf den ÖPNV muss dann aber auch möglich sein. Dazu muss dieser vor allem auf dem Land massiv ausgebaut werden. Insgesamt wollen wir die Schiene attraktiver machen und durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf 7 Prozent für alle Bahn-Fahrten stärken.

Gleichzeitig muss die Kfz-Steuer klimafreundlich umgebaut werden. Statt auf den Hubraum muss künftig auf CO₂ abgestellt werden.

Auch im Flugverkehr muss der CO₂-Ausstoß stärker berücksichtigt werden. Wir sprechen uns daher für eine Erhöhung der Ticketabgabe bei Inlandsflügen aus. Die Mittel daraus sollen in den Ausbau des ÖPNV fließen.

Auch im Gebäudebereich müssen wir begleitende Maßnahmen umsetzen. Vordringlich ist dabei, dass endlich die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung von Bundestag und Bundesrat beschlossen wird und dass ein Förder-Programm zum Umstieg auf klimafreundliche Heizungen umgesetzt wird.

Für nachhaltigen Klimaschutz brauchen wir Mehrheiten in Bund und Ländern und ein langfristiges Gesamtkonzept, das nicht der Halbwertzeit von Wahlperioden unterworfen ist. Deshalb sprechen wir uns für einen nationalen Klimakonsens aus, der politisch über die Koalitionsparteien hinaus geht und breit getragen wird.

Medienpolitik im Land stärken

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Zuständigkeiten für die Medienpolitik im Land baldmöglichst neu geregelt werden. Die Förderung der Medien- und Kreativwirtschaft, die wirtschaftliche Stärkung des Standorts, insbesondere durch die bessere Verzahnung von Hochschulen und Kreativunternehmen, die Verantwortung für die Medien- und Filmgesellschaft (MFG) seitens der Landesregierung sowie die im Rahmen der Digitalisierungsstrategie für die Medienbranche zur Verfügung gestellten Mittel und Projekte sollen federführend vom Wirtschaftsministerium verantwortet werden.

Sofortprogramm eine Million neue Bäume für Baden-Württemberg

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Sofortprogramm für die Pflanzung von einer Million neuer Bäume in Baden-Württemberg zu beschließen und den Waldbestand im Land weiter zu erhöhen. Dies hat unabhängig von etwaigen Plänen der Bundesregierung und den regulären Aufforstungsmaßnahmen in Baden-Württemberg zu geschehen.

Schüler- und Azubi-Ticket

Die CDU Baden-Württemberg fordert die Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion auf, ein landesweit gültiges und attraktives Schüler- und Azubi-Ticket für Baden-Württemberg einzuführen – vergleichbar dem seit 1. August 2017 gültigen Schüler- und Azubi-Ticket im Bundesland Hessen.

Direkte Bahnverbindung zwischen Freiburg und Colmar

Der CDU Landesparteitag spricht sich für die Wiederherstellung der Bahnlinie Freiburg Colmar aus, in deren Mitte die Europastadt Breisach am Rhein liegt. Von einer durchgehenden Zugverbindung werden nicht nur die Menschen in Südbaden und dem Elsass profitieren, sie verknüpft zugleich Hochgeschwindigkeitsstrecken in Deutschland und Frankreich und kann so ein Baustein für das europäische Bahnnetz werden. Die Kosten der Machbarkeitsstudie wurden je zur Hälfte von Deutschland und Frankreich getragen. Der Bund hat den deutschen Anteil in vollem Umfang übernommen und damit ein deutliches Signal gesetzt. Darüber hinaus wurde die Wiederherstellung der direkten Bahnverbindung in die Projektliste des Vertrags von Aachen aufgenommen. In diesem Vertrag bekennt sich die Bundesregierung gemeinsam mit der Französischen Regierung zu einer vertieften Zusammenarbeit. Die Bahnverbindung Freiburg-Colmar wirkt sich ganz praktisch auf das Leben der Menschen in Südbaden und im Elsass aus und ist damit ein starkes Symbol für eine gelingende deutsch-französische Zusammenarbeit.

Befreiung der Witwenrente sowie gleichgestellten Renten von Sozial- und Steuerpflicht

Der Landesverband der CDU Baden-Württemberg begrüßt, dass die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der GKV die Rentnerinnen und Rentner entlastet. Zudem setzen wir uns dafür ein, Menschen mit geringen Einkommen bei den Sozialabgaben zu entlasten. Es ist zu prüfen, ob die von der Bundesregierung beschlossenen verringerten Sozialabgaben bei Einkommen bis 1.300 Euro monatlich und für Rentnerinnen und Rentner umgesetzt werden können.

Glasfaserausbau

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für den weiteren zügigen Ausbau des Glasfasernetzes ein. Hierdurch wird das Ziel erreicht, dass im ländlichen Raum durch diese Hochgeschwindigkeitsnetze eine Autobahn der Daten in die Firmen und Haushalte kommt. Dadurch wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie auch die Ansiedlung und der Verbleib von Firmen auf dem Lande gesichert. Neue und praxisfremde bürokratische Auflagen machen die Förderverfahren immer intransparenter und schwerfälliger. Die CDU Baden-Württemberg fordert die Bundes- und Landesregierung auf, die Förderverfahren zu vereinfachen und unbürokratisch auszugestalten, um so Sorge zu tragen, dass die Ausbauaktivitäten auch weiterhin in hohem Tempo und zielgerichtet erfolgen können. Darüber hinaus müssen diese durch Steuermittel finanzierten Investitionen auch geschützt werden.

1. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Bundesförderverfahren für den Breitbandausbau klar am Erfordernis des Glasfaserausbau bis in jedes Gebäude hinein auszurichten. Dabei muss der Anreiz auch interkommunale Zusammenschlüsse an den Förderungen teilhaben zu lassen, mindestens so hoch bewertet werden, wie das Deckungslückenmodell der gewinnorientierten Anbieter. Ferner muss eine Harmonisierung von Bundes- und Landesförderverfahren hergestellt werden, um so die Voraussetzungen zu schaffen, dass auch kommunale Antragsteller in den Genuss von Bundesfördermittel gelangen kann.

2. Das Landesinnenministerium als für den Breitbandausbau zuständiges Ministerium in Baden-Württemberg muss Sorge tragen, die Förderantragsverfahren zeitnah abschließen zu können. Ferner muss das Landesinnenministerium zeitnah bei der EU-Kommission Vorbereitungen treffen, um zukünftig die Aufgriff- und Ausbauschwelle bei 100 MBit/s symmetrisch ansetzen zu können.

3. Die Aufgriffschwelle als Schwellenwert für die Antragsvoraussetzung muss klar definiert werden. Hierbei ist der derzeitige Schwellenwert von 30 Mbit/symmetrisch zu jeder Tages- und Nachtzeit (24-7) verbindlich und nachprüfbar sicherzustellen. Wenn dies nicht erreicht wird, gilt dieses Gebiet als förderwürdig.

4. Insgesamt müssen die Förderverfahren einfacher, praktikabler und somit entbürokratisiert werden.

5. Das Telekommunikationsgesetz soll dahingehend geändert werden, dass das Wegerecht der Anbieter verwirkt ist, wenn öffentlich geförderte Rohrverbände bereits verlegt sind bzw. in absehbarer Zeit verlegt werden (Förderantrag liegt vor).

6. Wenn die Anbieter eine Bandbreite zusichern, diese aber nicht erbringen können/wollen, wird dies mit Geldbußen und der Rückzahlung von Fördermitteln belegt.

Änderung des novellierten Prostitutionsgesetzes

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass das im Juli 2017 novellierte Prostitutionsgesetz im Sinne des Opferschutzes und der Verhinderung von Menschenhandel überprüft und gegebenenfalls verändert wird. Das Gesetz muss die Tätigkeit krimineller Organisationen unterbinden.

Bewahrung der Einehe

Die Ehe steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. § 172 StGB stellt die die Schließung einer weiteren Ehe unter Strafe. Beides ist Ausdruck unserer Werteordnung. Da deren Akzeptanz Voraussetzung für eine gelungene Integration ist, kann nicht eingebürgert werden, wer diese Überzeugungen nicht teilt. Mehrehen dürfen in Deutschland nicht geschlossen werden und Frauen, die sich aus Mehrehen lösen wollen, müssen unsere Unterstützung erfahren und wirtschaftlich abgesichert werden.

Wahlrecht zur Kommunalwahl

Die CDU Baden-Württemberg bittet die CDU-Landtagsfraktion zu prüfen, ob Bürger mit mehreren Wohnsitzen an ihrem Zweitwohnsitz ein passives Wahlrecht zur Kommunalwahl erhalten können.

Mitgliederoffene, themenbezogene Veranstaltungsformate

Der CDU Landesverband wird aufgefordert, mehrfach im Jahr mitgliederoffene, themenbezogene Veranstaltungsformate durchzuführen, die den CDU Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich an der politischen Diskussion über aktuelle Themen wie Klimaschutz, Pflege, Digitalisierung zu beteiligen und durch Beschlussfassungen, den Vertretern in Parlamenten und Regierung Orientierung zu geben.

Kommunikationskonzeption der CDU Deutschlands

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich in der CDU Deutschland für eine zeitgemäße und ganzheitliche Kommunikationskonzeption ein. Die CDU Baden-Württemberg muss dabei selbst beispielgebend vorgehen. Strategisches Ziel muss dabei sein, mit den unterschiedlichen Medienformaten „über die Bande zu spielen“ und in den Medienkanälen – soweit unmittelbar beeinflussbar – stets präsent zu sein, präzise zu informieren, permanent zu agieren und schnell zu reagieren.

Zugleich muss in der CDU die eigene Kommunikationskultur im operativen Bereich an die heutigen Gepflogenheiten der Marketingkommunikation angepasst werden, d. h. sich nicht nur auf staatstragende Verlautbarungen aus der Chef(in)-Etage fokussieren, sondern weitverzweigte, digitale, agile Netzwerke aufzubauen, in denen Mitglieder massiv kommunizieren, Informationen verbreiten, Meinungen äußern und politische Diskussionen in Gang setzen oder sich daran zu beteiligen.

Für die Ausarbeitung einer neuen Kommunikationskonzeption und mit Blick auf den Aufbau solcher Netzwerke ist eine „Task Force“ aus Fachleuten einzusetzen, die – in der Summe – Kompetenzen sowohl in der Kommunikationswissenschaft als auch in den Kommunikationstechnologien mitbringen.

Kommunalparlamente stärken, Zersplitterung beenden

Die CDU Landtagfraktion und die Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass sobald wie möglich eine Änderung des Auszählverfahrens zurück zu d´Hondt oder für ein anderes Auszählungsverfahren, das einer Zersplitterung entgegen wirkt, beschlossen wird und bei der Kommunalwahl 2024 Anwendung findet.

Kommunalwahl als Personenwahl erhalten – Wahltermine trennen

Die Gremien der CDU Baden-Württemberg beginnen gemeinsam mit der CDU Landtagsfraktion einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess über die Terminierung zukünftiger Kommunalwahlen. Dabei ist eine offene Diskussion zu führen, welche Vor- und Nachteile eine terminliche Trennung der Europa- und der Kommunalwahl für die Kommunalpolitik hat. Eine Positionierung soll in spätestens zwei Jahren getroffen werden.

Komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Wir wollen den Solidaritätszuschlag bis Ende 2021 vollständig abschaffen. Dabei halten wir am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden fest.

Einheitliche Nahrungsmittel-Besteuerung

Nahrungsmittel sollen grundsätzlich mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7% besteuert werden, unabhängig von Zubereitungsart oder Verzehrort.

Wahlkreiseinteilung

Die CDU Baden-Württemberg bittet die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, noch in der laufenden Legislaturperiode die Neueinteilung der Wahlkreise für die Landtagswahl 2026 zu prüfen.

Öffentliche Sitzungen des Nationalparkrats

Der Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg fordert die CDU Landtagsfraktion auf, das Nationalparkgesetz dahingehend zu ändern, dass der Nationalparkrat und Nationalparkbeirat zukünftig grundsätzlich öffentlich tagen muss.

Messerverbot

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich dafür aus, in Ergänzung zu Waffenverbotszonen ein generelles Messertrageverbot von vorbestraften Gewalttäterinnen und Gewalttätern zu erlassen.

Bundesratsinitiative – Ausschluss von einschlägig vorbestraften Personen bei Betreuung von Kindern und Jugendlichen

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für eine Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg ein, deren Ziel es ist, dass der Bundesgesetzgeber Personen, die im Sinne des §72a SGB VIII einschlägig vorbestraft sind, lebenslang von der Betreuung von Kindern und Jugendlichen ausschließt (z. B. durch Aufnahme der einschlägigen Vorverurteilungen in den Katalog des § 33 Absatz 2 und § 45 Absatz 3 BZRG).

Einheitlicher europäischer Luftraum und Luftraumüberwachung

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für einen einheitlichen europäischen Luftraum und eine einheitliche europäische Luftraumüberwachung mit optimierten Flug- und Anflugrouten ein.